



Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Kurzfristig bezahlbares Wohnen ermöglichen“ (Drucksache 19/3712)

Mietpreise bremsen - Mieter*innen schnell und kurzfristig entlasten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Wohnungsknappheit kann nur durch den Neubau von Wohnraum wirksam bekämpft werden. Mit einer Reihe von Maßnahmen kann die Landesregierung jedoch auch kurzfristige und schnelle Entlastung für die Mieter*innen in Schleswig-Holstein bewirken und die prekäre Entwicklung beeinflussen. Diese sollte sie umgehend nutzen. Hierzu gehören insbesondere:

1. Die Mietpreisbremse und die abgesenkte Kappungsgrenze unverzüglich wieder in Kraft zu setzen, damit die Mieter*innen wieder deutlich vor erheblich steigenden Mietpreisen geschützt werden.
2. Die Grunderwerbssteuer für Familien beim Ersterwerb einer selbstgenutzten Wohnung oder eines Hauses schnellstmöglich zu senken.
3. Das Land muss seine gesetzgeberischen Kompetenzen ausschöpfen, damit Städte und Gemeinden die Zweckentfremdung von Wohnraum wo immer möglich wirksam unterbinden können. Hierzu gehört die zügige Umsetzung des Umwandlungsstopps nach § 250 BauGB auch in Schleswig-Holstein.
4. Städte und Gemeinden finanziell und fachlich dabei unterstützen, durch qualifizierte Mietspiegel Transparenz auf den lokalen Wohnungsmärkten herzustellen und Mieterhöhungen zu begrenzen. Nur so können Mieter*innen wirklich vergleichen, ob eine Mieterhöhung rechtmäßig war, oder nicht. Kooperationen von Gemeinden sollen dabei besonders gefördert werden. Dies gilt insbesondere für Städte und Gemeinden unter 50.000 Einwohner*innen, für die keine Pflicht zur Erstellung eines Mietspiegels besteht.

5. Werbung und Aufklärung über das Wohngeld müssen verbessert und das Antragsverfahren vereinfacht werden. So werden mehr Menschen motiviert, diesen wichtigen Zuschuss zu den Wohnkosten in Anspruch zu nehmen.

Begründung:

Die nach wie vor erheblich steigenden Mietpreise und ein knappes Angebot an bezahlbaren Wohnungen, vor allem in den Großstädten, am Hamburger Rand und den Nordfriesischen Inseln stellen eine harte Belastung für viele Menschen dar. Schon 2020 sind die Mieten in Schleswig-Holstein deutlich stärker gestiegen als die Inflation oder die Entwicklung der Löhne und Gehälter, wodurch die Mieter*innen einen immer höheren Anteil ihres Einkommens für die Wohnungsmiete aufbringen müssen.

Diese Entwicklung trifft Menschen mit niedrigen Einkommen, Studierende, Auszubildende, Senioren, Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende, Familien mit Kindern und Empfänger*innen von Sozialleistungen besonders schwer. Zusammen mit der durch die Corona-Pandemie und den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine verursachten Entwicklung der Lebenshaltungskosten, mit denen die Einkommensentwicklung nicht Schritt hält, werden steigende Mieten aber auch für Menschen mit mittleren Einkommen zunehmend zum Problem.

Özlem Ünsal
und Fraktion